

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 482

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. August 2019, 19.00 Uhr  
in der alten Dorfturnhalle

---

Anwesend	33 6	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sebastian Enders, Dominique Häring, Eva Keller, Andreas Moldovanyi, Matthias Nebiker, Simone Schaub und Fredi Wiesner  Gemeinderat: Rolf Wehrli	
Vorsitz	Stephan Ebert	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

---

### Geschäftsverzeichnis

1.	Ruftaxi an Hanglage – Prüfung und Antrag Nachtragskredit (2. überarbeitete Vorlage)	3152
2.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi betreffend „Öffentliche Spielplätze“	3124
3.	Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Autofreie Sonntage“	3165
4.	Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Publizierung von amtlichen Bestattungsanzeigen auf der Homepage <a href="http://www.pratteln.ch">www.pratteln.ch</a> “	3167
5.	Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Abfallfrei leben“	3169
6.	Teilrevision Strassenreglement – 2. Lesung	3162
7.	Teilrevision Lohn- und Zulagenreglement (LZR) – 1. Lesung	3161
8.	Stellungnahme zur Planungsmotion der Fraktion der U/G, Benedikt Schmidt, betreffend "Neues AFP-Aufgabenfeld Klimaschutz"	3163
9.	Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend "Abfallsünder"	3146
10.	Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Gesamtwohnraumplanung“	3173
11.	Beantwortung Interpellation der Fraktion der U/G, Petra Ramseier, betreffend „Einbruch Steuerertrag juristische Personen“	3174
12.	Fragestunde (nach der Pause)	

## **Begrüssung**

**Stephan Ebert:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Herren der Presse, liebe Gäste und liebes Publikum. Ich begrüsse sie zur 482. und zu meiner ersten Sitzung als Präsident und in neuer Zusammensetzung des Präsidiums und des Büros.

## **Präsenz**

Es sind zurzeit 33 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 17, das Zweidrittelmehr 22 Stimmen.

## **Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten**

**Kevin Beining (BDP)** ist neu im Einwohnerrat und wird herzlich begrüsst. Er ist der Nachfolger von Marc Bürgi. Der Präsident wünscht Kevin Beining viel Erfolg im Einwohnerrat und heisst ihn nochmals herzlich willkommen.

**Rücktritt von Jens Dürrenberger (FDP):** Es kommen Räte und es gehen Räte und Jens Dürrenberger wird den Rat per Ende August 2019 verlassen. Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben vom 14. August: *„An die Gemeinde Pratteln, Abteilung Politische Dienste. Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende August 2019. Hiermit gebe ich meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende August 2019 bekannt. Aus beruflichen Gründen, hoher Arbeitsbelastung beim Umbau und persönlichen Gründen – ich konnte eine Liegenschaft in Muttenz erwerben – lege ich mein Amt nieder. Mit freundlichen Grüssen, Jens Dürrenberger.“*

## **Mitteilungen des Gemeinderates**

- Keine Mitteilungen.

## **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „KG Zweien“ vom 18. August 2019
- Interpellation der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Bestand und Eigentumsstatus der Kulturgüter (Fundus)“ vom 19. August 2019
- Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Konkrete Massnahmen zur Klimapolitik: Abkehr von fossilen Energieträgern für Gebäudeheizung“ vom 26. August 2019
- Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Bundesasylzentrum in Pratteln“ vom 26. August 2019

## **Bereinigung Geschäftsverzeichnis**

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem zugestellten Geschäftsverzeichnis verfahren.

---

## Beschlüsse

### **Geschäft Nr. 3152**

### **Ruftaxi an Hanglage – Prüfung und Antrag Nachtragskredit (2. überarbeitete Vorlage)**

#### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 21. Mai 2019

**GR Urs Hess:** Über das Ruftaxi wurde hierin schon einmal beraten. Es sind viele Fragen aufgetaucht, weshalb wir das Geschäft wieder zum Gemeinderat nehmen konnten, um die Fragen zu beantworten. Zur Ausgangslage: In der Vergangenheit gab es immer wieder Anfragen, ob man die Leute, die an den Hügeln wohnen, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erschliessen könnte und sie so die Möglichkeit erhalten, zum ÖV zu kommen. Die Antworten zu den vielen Fragen sind nun geliefert und der Gemeinderat würde diesen Versuch gerne wagen und den Leuten die Chance geben, das Ruftaxi zu benutzen. Wenn sie es brauchen, kann man über die definitive Einführung diskutieren, und wenn sie es nicht brauchen, ist kein Bedürfnis vorhanden und wir brauchen es nicht. Das Taxi, das mit CHF 5 pro Fahrt subventioniert wird, fährt bis zur nächsten ÖV-Haltestelle und wenn jemand mit dem Taxi weiter fahren will, geschieht dies auf seine Kosten und er bezahlt dies alleine. Im Schnitt kostet ein solches Taxi CHF 10 – 11, wenn man beispielsweise Hagenbächli → Migros fährt. Bis zur nächsten ÖV-Haltestelle kostet es CHF 5 und nachher muss man mit einem normalen Billet weiter fahren. Das letzte Mal wurde gefragt, wie wir auf die Kosten gekommen sind. Wir konnten aus anderen Gemeinden errechnen, was es kosten würde und wir gehen auch davon aus, dass wir mit dem Betrag, den wir hier fordern, das Ruftaxi auch durchführen können. Wenn viel mehr Leute das Taxi benutzen würden, wäre es früher aufgebraucht und wenn es viel weniger sind, geben wir das Geld nicht aus. Es macht Sinn, dem Ruftaxi eine Chance zu geben und auch den Leuten, damit sie ins Dorf kommen und auch an das Gesamtsystem ÖV angeschlossen sind. Die Antworten zu allen Fragen liegen vor und ich bitte, dem Ruftaxi zuzustimmen, sodass wir den Versuch durchführen können.

**Thomas Sollberger:** Vor genau zwei Monaten musste der Einwohnerrat die Jahresrechnung 2018 zur Kenntnis nehmen, die ein Bild zeigt, das alles andere als rosig ist. Mit einer Zustimmung zu diesem Nachtragskredit würden wir ein schlechtes Zeichen setzen und die Bemühungen von Gemeinderat und Verwaltung für eine ausgeglichene Verwaltung 2019 praktisch torpedieren. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass seinerzeit keine zusätzlichen Aufgaben mit jährlich wiederkehrenden Kosten können oder dürfen bewilligt werden. Darum stimmen wir mehrheitlich gegen diesen Nachtragskredit.

**Benedikt Schmidt:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die neue Vorlage zum Ruftaxi. Wir haben beim ersten Mal, als dies behandelt wurde, viele Fragen gestellt, die nun auch beantwortet sind. Unter anderem sind nun auch die Beurteilungskriterien vorhanden, ob der Test in zwei Jahren erfolgreich ist, oder nicht. In der Fraktion wurde das Thema Ruftaxi sehr kontrovers diskutiert und es gab auch unterschiedliche Meinungen. Wir haben festgestellt, dass der Gemeinderat ein Verkehrsgutachten ausarbeiten liess, was noch gar nicht so lange her ist, in dem es hiess, es brauche kein Ruftaxi. Trotzdem enthielt es drei Varianten eines Ruftaxis und eine vierte Variante wird realisiert, weil es diesen Wunsch aus der Bevölkerung gibt. Thomas Sollberger hat auch schon vorher gesagt, dass das Taxi nicht zwingend ist – es ist schön, wenn man es hat. Wenn man die letzte Rechnung anschaut, kann man sich schon fragen, ob wir uns das Ruftaxi leisten können, auch wenn es nur CHF 18'000 im Jahr sind. Wie man auf den Betrag von CHF 18'000 gekommen ist, ist uns noch nicht richtig klar. Im Budget sind CHF 15'000 eingestellt und dies würde bei einem Beitrag von CHF 5 pro Fahrt insgesamt 3'000 Fahrten ergeben. Man geht auch

davon aus, dass es pro Person im Perimeter drei Fahrten gibt und wenn man alles zusammenstellt, kommt man zum Schluss, dass nur 20 Personen diese Fahrten unternehmen können und dann das Budget erschöpft ist. Dies ist eine relativ geringe Personenanzahl, wenn man den grossen Perimeter des Ruftaxis anschaut. Uns gefällt nicht, dass wir einen neuen Budgetposten aufnehmen, der – ähnlich einer Richterskala – nach oben hin offen und nicht limitiert ist. Deshalb stellen wir den Antrag, den Beschluss abzuändern, sodass der Betrag von CHF 18'000 pro Jahr ein Kostendach ist und nicht überschritten werden soll.

*Antrag von Benedikt Schmidt*

**Rebecca Moldovanyi:** Die SP stimmt dem Testbetrieb grundsätzlich zu, gibt aber auf den Weg, dass das auf Seite 4 unterste Kriterium nochmal überdacht werden sollte. Ob Zweidrittel der Fahrten tatsächlich genutzt werden, ist ein rein quantitativer Faktor. Das Ruftaxi soll das Wohnen auch qualitativ beeinflussen bzw. verbessern und eine Kundenerhebung oder etwas Ähnliches in dieser Richtung wäre besser. Ich finde es schade, dass diese Bons nicht übertragbar sind, was dem ursprünglichen Ziel widerspricht, den ÖV zu ersetzen.

*Antrag von Rebecca Moldovanyi*

**Josef Bachmann:** Die Meisten der SVP sind dafür, diesen Versuch zu starten und CHF 36'000 sind festgelegt. Weil man in anderen Gemeinden gar nicht auf diesen Betrag kam, sind wir der Meinung, dass es auch bei uns nicht so viel braucht. Weiter darf man nicht vergessen: Die Leute, die dieses Angebot benutzen, wohnen abseits, sind älter und wenn sie nicht ins Dorf umziehen wollen, so können wir das ihnen nicht verbieten. Aber wir können ihnen ein Zückerli geben, damit sie ihre Wohnung noch lange benutzen. Es kommt uns billiger, wenn wir einige Tausend Franken fürs Taxi ausgeben, als wenn wir sie im Altersheim unterhalten. Man kann auch den Betrag nach einem Jahr überprüfen lassen und ob er gebraucht wurde, ob es mehr oder weniger benötigt oder ob das Geld schon aufgebraucht ist. Was bedeutet „so lange wie der ÖV“? Am Samstag und Sonntag fährt ja nicht der gesamte ÖV; kann man das Taxi trotzdem benutzen?

**Kurt Lanz:** Ich gebe gerade Antwort auf diese Frage, wie ich die Vorlage lese. Wenn der ÖV nicht fährt, so fährt er nicht und es gibt auch das Ruftaxi nicht. Sonst muss ich ja auch vom Bahnhof oder vom Tram zu mir nach Hause laufen und dann hätte ich das Taxi auch gerne. Ich glaube, es ist klar definiert und an die Linie 82 angelehnt, das habe ich so verstanden und stimme so zu. Etwas anderem stimme ich nicht zu, sonst müsste auch ich die Möglichkeit haben, ein solches Taxi zu gebrauchen. Darum glaube ich, es ist klar, wie es gedacht ist.

**Patrick Weisskopf:** Ich habe sehr viele Sympathien für einen solchen Betrieb, schliesse mich aber Thomas Sollberger an, der gesagt hat, dass wir in der heutigen Zeit kein Geld für Konsum ausgeben sollten. Bei Investitionen muss man es sich anders überlegen. Wenn man die Vorlage richtig gemacht hätte, hätte man sich auf den gesamten ÖV abgestützt und nicht nur auf die Ortsbuslinie. Dann hätte man auch die Haltestelle des Vierzehners und den Bahnhof aufnehmen können und so wäre ein Anschluss auch samstags und sonntags möglich gewesen. Leider bezieht sich nun alles auf den Betrieb des Ortsbusses und endet um 20.10 Uhr, was bedeutet, wenn man abends in die Stadt ins Theater will, muss man doch den vollen Preis bezahlen. Zum Betrag von CHF 5 sage ich gar nichts, darüber müsste man separat diskutieren. Unsere Einwohnerräte sind in gewisser Hinsicht unabhängig, aber nicht parteilos. Daher habe ich mich entschlossen, zwei Anträge zu stellen. Einer ist bereits zustande gekommen, der andere nicht. Der Einwohnerrat stimmt in der Regel offen ab und man sieht, wer wie stimmt. Man hält die Hand hoch und im Protokoll steht dann „so und so viel dafür und so und so viel dagegen“ und nach zwei Monaten weiss das niemand mehr. Man kann mehr Transparenz bringen und was auch die Wähler schätzen, ist der Namensaufruf. Mit einem elektronischen Gerät ist der Namensaufruf immer vorhanden. Wir beantragen Namensaufruf und damit ist klar festgehalten, wer zum Geschäft Ja bzw. Nein gesagt hat. Dies ist eine Transparenz, die der Initiant wünscht bzw. in einem Leserbrief geschrieben hat, dass er genau dieses eine Geschäft brauchen will, um gewisse Schwerpunkte zu setzen. Damit stellt sich für

mich die Frage, ob es richtig ist, die Leistungen eines Einwohnerrates an einem einzelnen Geschäft zu beurteilen. Jeder von uns ist unabhängig, aber er ist nicht parteilos und hat immer einen gewissen Clinch zwischen dem, was er als Person will und was die Partei will, was seine Freunde wollen. Jede Person hierin „Manns“ oder „Fraus“ genug, seine Meinung kundzutun. Ich finde es schade, wenn dann in Leserbriefen steht „Dies wird Konsequenzen bei den Wahlen haben“. Er hat geschrieben „wird auf jeden Fall registriert und zu gegebener Zeit hier in Erinnerung gerufen“. Wir machen nun hier in diesem Fall eine geheime Abstimmung, damit man nicht sieht, wer wie abgestimmt hat und später geht's im „Courant“ normal weiter. Diese Geheimniskrämerei treffen wir leider vielmals an beim Amtsgeheimnis, beim Steuergeheimnis usw. wo wir im Einwohnerrat Transparenz haben wollen. Darum hatte ich die Idee, beide Anträge zu stellen und der Einwohnerrat kann darüber abstimmen, ob er die offene oder die geheime Abstimmung will. Ich bin der Meinung, acht Unterschriften reichen aus und es braucht keine Zweidrittelmehrheit. Vom Büro habe ich erfahren, dass es die Zweidrittelmehrheit brauche und somit bin ich der Meinung, wir können über den Antrag über die geheime Abstimmung, der ja zustande gekommen ist, abstimmen. Falls nun jemand eine Abstimmung unter Namensaufruf will, soll er es hierin sagen, die acht Unterschriften aufbringen und dann können beide Möglichkeiten gegeneinander aufgewogen werden. Wie gesagt, ich bin der Meinung, wir machen es mit einer geheimen Abstimmung.

*Antrag von Patrick Weisskopf*

**GR Urs Hess:** Zu den Fragen und Bemerkungen: Jährlich wiederkehrend ist dieser Kredit nicht; er ist auf zwei Jahre begrenzt. Kostendach: Ein Kostendach ist in solch einem Fall nicht möglich. Wir haben einen Testbetrieb und nach beispielsweise 10 Monaten sind die CHF 18'000 aufgebraucht und für die restlichen Monate gibt es kein Taxi mehr? Das geht nicht. Wenn wir in den 10 Monaten nur CHF 13'000 gebraucht haben, so reichen die CHF 15'000 sicher. Den Betrag kann man nicht fixieren, weil er leistungsabhängig ist. Nicht übertragbar: Wir wollen den Versuch starten und es sollen alle Personen gleich behandelt werden. D.h. die Personen, die am ÖV angeschlossen sind und diejenigen, die den Weg zum ÖV mit dem Ruftaxi machen können, sollen gleich behandelt werden. Wir lehnen uns klar an den Betrieb unseres Ortsbusses an und übernehmen dessen Betriebszeiten. Wir dürfen auch nicht Konkurrenz zu unserem ÖV vor Ort machen, den wir übrigens auch finanzieren, wenn wir erlauben, bis beispielsweise zum Tram zu fahren. Darum ist der Antrag, wie er formuliert ist, eine gute Chance etwas zu machen. Wir können nicht alles haben, aber wir können ausprobieren, wie es funktionieren soll. Ich bitte euch, andere Anträge abzulehnen, die nicht der Vorlage des Gemeinderates entsprechen und der Vorlage des Gemeinderates zuzustimmen.

**Mauro Pavan:** Ich gebe Patrick Weisskopf völlig Recht, dass es absurd wäre, die Leistung eines Einwohnerrates an einem einzelnen Geschäft festzumachen, zumal an einem solchen mit einer geringen Tragweite. Zur Abstimmung: Sowohl bei geheimer als auch bei Namensaufruf braucht es acht Unterschriften, also acht Personen des Einwohnerrates, die dies verlangen. Eine Abstimmung über das Abstimmungsprozedere gibt es nur dann, wenn Beides gleichzeitig verlangt ist, weil Beides ja nicht gleichzeitig stattfinden kann. Darum steht der Antrag von Patrick Weisskopf auch etwas schräg in der Landschaft, weil er ja Beides gleichzeitig verlangt. Unabhängig davon, was ich oder meine Fraktionskollegen abstimmen werden, lasse ich mich sicher nicht einschüchtern und finde es daher völlig absurd, bei diesem Geschäft eine geheime Abstimmung zu machen. Daher mein Vorschlag: Entweder zieht Patrick Weisskopf seinen Antrag zurück oder er gibt das Blatt im Einwohnerrat herum, auf dem man für den Namensaufruf unterschreiben kann. Sonst kann ich auch selber ein Blatt für den Namensaufruf herumgeben. Einfach darum, weil es der einzige Weg ist, eine geheime Abstimmung zu verhindern. Ich finde einen Namensaufruf bei diesem Geschäft komplett übertrieben und von mir aus könnte man ganz normal darüber abstimmen. Falls Patrick Weisskopf an seinem Antrag festhält, würde ich gerne für den Namensaufruf unterschreiben.

**Urs Schneider:** Zur Vorlage: Ich selber bin nicht ganz glücklich mit der hier vorliegenden Variante, kann sie aber so unterstützen. Zur zeitlichen Einschränkung: Kurt Lanz mag Recht haben, er muss ja auch zum Buholz laufen, und die anderen müssen ins Erli laufen und haben etwas länger oder weiter. Ich hätte noch als gut befunden, wenn man als ÖV-Linie nicht nur den Bus, sondern auch noch das Vierzehnertram und den Zug integriert hätte. So wie es momentan aussieht, ist es nur auf den Bus abgestimmt. Zur Abstimmung: Wir haben nun die acht Unterschriften für eine Abstimmung unter Namensaufruf erhalten, nicht, weil wir einen Namensaufruf wollen, sondern dies als ganz normales Geschäft anschauen und dass man uns nicht nur an einer Abstimmung messen darf, ist vermessen. Ich nehme an, man wird wohl die Anträge einander gegenüber stellen und es wird wohl eine ganz normale Abstimmung (mit weiteren Anträgen) geben. Das schauen wir später noch an.  
*Antrag von Urs Schneider*

**Patrick Weisskopf:** Ich bin glücklich, dass beide Anträge zustande gekommen sind und wir nun zeigen können, wie transparent wir sind oder eben nicht. GR Urs Hess hat vorhin bestätigt, dass diese Vorlage zum Schwindeln einlädt. Vom Gesetz her dürfte man nur bis zur nächsten Busstation fahren und dann würde wieder eine neue Grundtaxe fällig. Der Taxichauffeur macht sich fast strafbar, wenn er weiter fährt, was eigentlich sinnvoll ist. Wir subventionieren die Grundtaxe – mehr machen wir nicht. Das zweite ist der Umweltschutz – Leerfahrten. Ich hätte nichts dagegen, wenn es Tesla-Taxis wären. Nein, man fährt herum und es unterstützt die Mobilität, positiv zu werden. Administrativer Aufwand: Es gibt Parteien, die sagen immer, wir müssen sparen, wir müssen abbauen, wir haben zu viele Leute auf der Verwaltung. Was für ein administratives Monster kriegen wir hier? Im Fahrzeug muss man unterschreiben, der Fahrer muss die Papiere sammeln und auf die Gemeinde bringen, die Gemeinde muss abrechnen und Geld auszahlen. Es geht noch weiter: Es ist ja namentlich, also persönlich, d.h. man muss die ID überprüfen – sorry, das ist doch zu viel Aufwand. Macht euch Gedanken dazu. Ich schlage vor, der geheimen Abstimmung zuzustimmen und es kann jeder seine Gedanken auf den Zettel schreiben und nachher weiss es niemand mehr, aber ihr habt ein reines Gewissen.

**Jens Dürrenberger:** Vor zwei Monaten wollte man den Klimanotstand ausrufen. Es war so dringend und Alles geht kaputt. Und jetzt: Die gesamte linke Seite stimmt dem Taxi zu. Das glaube ich nicht. So etwas Unökologischem wie einem Taxi wird zugestimmt. So ist unsere kurzzeitige Welt.

**Kevin Beining:** Ich stimme GR Urs Hess zu, dass es sich um einen Pilotversuch handelt und wir nicht wissen, wie oft es gebraucht wird. Dies findet man nur heraus, wenn man den Pilotversuch auch durchführt. Marktforschung usw. ist gut und recht, bringt aber meistens nicht so viel. Wir subventionieren das Taxi mit CHF 5. Da geben wir an einem Morgen mehr Geld aus für Anderes und Rappen spalten ist hier auch nicht angesagt und als ehemaliger Student weiss ich, was Rappen spalten heisst. Dies grenzt ein wenig an Wahnsinn. Die Kosten von CHF 18'000 pro Jahr für zwei Jahre sind tragbar und das müsste die Gemeinde verkraften können. Sonst haben wir ein gröberes Problem – ein sehr grobes. Zum Ausspielen von Umweltschutz gegen Mobilität: Ein Taxi ist umweltschutzmässig nicht so gut, wie man es sich wünscht – da gebe ich Jens Dürrenberger Recht. Die Leute kommen so oder so ins Dorf. Wenn jemand aus der Verwandtschaft von Basel nach Pratteln fährt, damit eingekauft werden kann, ist dies umweltschutztechnisch ein noch grösserer Blödsinn. Ein guter Kollege von mir hat dort oben gewohnt und ist Auto gefahren, bis es wirklich nicht mehr gegangen ist, weil er nicht mehr so gut zu Fuss war und sonst nicht mehr ins Dorf hinunter kam. Wir machen etwas für die Sicherheit und der Umweltschutz ist hier kein Argument.

**GR Urs Hess:** Den Vorwurf von Patrick Weisskopf, ich würde zum Schwindeln (Bschisse) aufrufen, lasse ich nicht auf mir sitzen. Du wolltest bis zum Vierzehnertram fahren und ich habe dargelegt, um was es geht, aber zum Schwindeln habe ich nicht aufgerufen.

**Paul Dalcher:** Wie Kollege Thomas Sollberger schon gesagt hat, ist die freisinnige Fraktion in diesem Fall gespalten und ich vertrete eine namhafte Minderheitsmeinung. Aus folgenden Gründen bitte ich euch, dem Geschäft bzw. Antrag zuzustimmen. Erstens: Die Optimierung des Service Public ist eine Daueraufgabe von uns bzw. der Gemeinde und das Ruftaxi ist ein Teil eines flexiblen und fortschrittlichen ÖV. Zweitens: Verkehrstechnisch gut erschlossene Quartiere und attraktive Wohndomizile sind Standortqualitäten, die sehr oft dazu führen, dass sich Leute in Pratteln ansiedeln. An den Hanglagen wird es in Zukunft leere Objekte geben und wenn man das Argument bringen kann, dass es mit einem Ruftaxi erschlossen ist, stellt dies eine Verbesserung des Standortes dar. Drittens: Das Ruftaxi ist auch ein Zeichen der Solidarität mit einem grossen Teil unserer Bevölkerung. Etwas zum Rechnen: Die CHF 18'000 sind sehr gut investiertes Geld. Return on Investment: Ruftaxis befördern immer eine Person, im Gegensatz zum Ortsbus, der einen hohen Anteil an Leerfahrten hat. Viertens: Einen Testbetrieb von zwei Jahren finden wir gut, weil er neue Erkenntnisse über das Bedürfnis und den Bedarf liefert, gestützt auf Daten und Fakten, und ob das Ortsbusnetz von Pratteln langfristig soll/muss/darf optimiert werden. Ich empfehle ihnen dringend, dem Geschäft zuzustimmen – Probieren geht über Studieren.

**Josef Bachmann:** Wie sieht es mit den Bauernhöfen aus, die ausserhalb des Dorfes gelegen sind? Ernst Wüthrich (Mayenfels) ist nun 98 Jahre alt und sie 89 und beide können nicht mehr laufen. Können sie auch einen Zettel holen, um mit dem Taxi zu fahren oder nicht?

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgen die Abstimmungen zu den Anträgen:

Antrag von Benedikt Schmidt: Auf Seite 5 der Vorlage ist der bestehende Antrag des Gemeinderates bzw. der Betrag von je CHF 18'000 pro Jahr als Kostendach zu verstehen und lautet neu:

3.1 Die Einführung eines zweijährigen Testbetriebs für ein Ruftaxi an den südlichen Hanglagen für Total CHF 36'000 (Kostendach für zwei Jahre zu je CHF 18'000) wird genehmigt.

Das Wort wird nicht ergriffen und es folgt die Abstimmung über den Antrag von Benedikt Schmidt:

//: Der Rat lehnt den Antrag mit 16 Nein zu 15 Ja bei 2 Enthaltungen ab.

Antrag von Rebecca Moldovanyi: Auf Seite 4 der Vorlage, im untersten Abschnitt, soll ~~Werden im Durchschnitt mindestens zwei Drittel der veranschlagten Fahrten pro Jahr erreicht gestrichen~~ und durch einen Text zu qualitativen Angaben ersetzt werden, der noch im Detail auszuformulieren ist.

Diskussion zum Antrag von Rebecca Moldovanyi:

**Benedikt Schmidt:** Wenn ich es richtig verstanden habe, stimmen wir gerade darüber ab, ob wir die Vorlage des Gemeinderates sprachlich verbessern. Das geht leider nicht. Man kann den Beschluss-Antrag des Gemeinderates ändern, nicht aber den Text der Vorlage. Weiter bin ich absolut gegen eine qualitative Befragung. Wenn das Taxi gebraucht wird, sehen wir es durch die Anzahl der Fahrten, was ein sauberes Kriterium ist, das sich bereits im Voraus definieren lässt und nicht im Nachhinein etwa angepasst wird. Ich finde es super, dass wir nun zu Beginn des Testbetriebes klare Kriterien haben und nicht etwas, das am Ende des Testes definiert wird.

**GR Urs Hess:** Benedikt Schmidt hat schon sehr viel gesagt. Die Vorlage steht und der Einwohnerrat kann den Text des Gemeinderates nicht abändern. Wenn der Einwohnerrat einen anderen Beschluss will, muss er einen Beschluss-Antrag stellen und es gäbe beispielsweise den Punkt 3.2. Wir wurden das letzte Mal im Einwohnerrat aufgefordert, klare Ziele zu setzen, die natürlich über die Quantität gehen; Qualität ist nicht so messbar und so bleiben wir bei den messbaren Zielen. Dies haben wir auch so im Text geschrieben. Es gilt also der Antrag des Gemeinderates oder der Einwohnerrat bringt einen weiteren Beschluss-Antrag.

**Rebecca Moldovanyi:** Mein Gedanke war, wenn nur 50% der Kosten beansprucht werden, kann dies sowohl den Gemeinderat als auch Einwohnerrat nur freuen, weil weniger ausgegeben wurde. Dies heisst aber nicht, dass weniger Leute davon profitiert haben. Vielleicht sind trotzdem drei Personen länger in ihrem Haus geblieben und haben weniger schnell betreutes Wohnen in Anspruch genommen. Aber dies in einem Beschluss festzuhalten, finde ich einen zu kleinen Punkt.

*Der Antrag von Rebecca Moldovanyi ist hinfällig.*

#### Anträge zur geheimen Abstimmung und zur Abstimmung unter Namensaufruf

Verfahren: Das Geschäftsreglement äussert sich hierzu: *Wird sowohl Namensaufruf wie auch geheime Abstimmung verlangt, so werden beide Anträge einander gegenübergestellt. Das obsiegende Verfahren gelangt zur Durchführung.*

**Urs Schneider:** Grundsätzlich wollen wir ja abstimmen und die meisten hierin wollen ganz normal abstimmen. Ich schlage vor, wenn Patrick Weisskopf seinen Antrag zurückzieht, ziehen wir unseren auch zurück und wir stimmen ganz normal über diese Vorlage ab.

**Patrick Weisskopf:** Ich halte an beiden Anträgen fest, damit später sauber dokumentiert ist, wer wie abgestimmt hat.

#### Antrag zur geheimen Abstimmung:

Es sind zehn Unterschriften eingegangen, wobei acht notwendig sind und alle zehn Personen befinden sich im Raum; der Antrag ist gültig. Die Unterzeichneten verlangen bei Traktandum 3152 „Ruftaxi an Hanglage – Prüfung und Antrag Nachtragskredit (2. überarbeitete Vorlage)“ eine geheime Abstimmung zum Beschluss.

#### Antrag zur Abstimmung unter Namensaufruf:

Es sind acht Unterschriften eingegangen und alle Personen befinden sich im Raum; der Antrag ist gültig. Die Unterzeichneten verlangen eine Abstimmung unter Namensaufruf.

#### Abstimmung:

Der Antrag zur geheimen Abstimmung wird dem Antrag zur Abstimmung per Namensaufruf gegenübergestellt:

Der Rat beschliesst mit 18 : 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen:

://: Die Abstimmung zur Vorlage Nr. 3152, Ruftaxi an Hanglage, wird per Namensaufruf ausgeführt.



Schlussabstimmung unter Namensaufruf:

Der Rat beschliesst unter Namensaufruf mit **17 Ja-Stimmen** (Sylvie Anderrüti-Boillat, Josef Bachmann, Kevin Beining, Stephan Bregy, Paul Dalcher, Tobias Henzen, Kurt Lanz, Rebecca Moldovanyi, Mauro Pavan, Patrick Ritschard, Simon Schärer, Christian Schäublin, Urs Schneider, Erich Schwob, Fabian Thomi, Christine Weiss, Claude Weisskopf) **zu 14 Nein-Stimmen** (Urs Baumann, Marcial Darnuzer, Jens Dürrenberger, Stephan Ebert, Emil Job, Walter Keller, Christoph Pfirter, Petra Ramseier, Andreas Seiler, Franziska Senn, Thomas Sollberger, Gerold Stadler, Patrick Weisskopf, Christoph Zwahlen) **bei 2 Enthaltungen** (Hasan Kanber, Benedikt Schmidt):

://: Die Einführung eines zweijährigen Testbetriebs für ein Ruftaxi an den südlichen Hanglagen für Total CHF 36'000 (für zwei Jahre zu je CHF 18'000) wird genehmigt.

**Urs Schneider:** Nachdem der Versuchsbetrieb nun für zwei Jahre so beschlossen wurde, habe ich noch einen Beschluss-Antrag Punkt 3.2, dass der Gemeinderat nach dem ersten Jahr einen kurzen Bericht erstattet, wie viele Nutzungen und Kosten verursacht wurden. Der Antrag lautet: „Nach einem Jahr Testbetrieb wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Zwischenbericht vorlegen.“ *Antrag von Urs Schneider*

**GR Urs Hess:** Wir können einen solchen Bericht nach einem Jahr machen. Er wird wohl im Februar oder März kommen und das neue Jahr ist schon angelaufen. Es lässt sich gut berichten, was gegangen ist und was nicht. Ihr könnt über den Antrag entscheiden; wir sind offen.

Abstimmung über den Antrag von Urs Schneider:

Der Rat beschliesst auf Antrag von Urs Schneider, SVP-Fraktion, einstimmig folgende Ergänzung 3.2:

://: Nach einem Jahr Testbetrieb wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Zwischenbericht vorlegen.

---

**Geschäft Nr. 3124**

**Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi betreffend „Öffentliche Spielplätze“**

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, vom 21. September 2018
- Beantwortung des Gemeinderates vom 20. Mai 2019

**GR Urs Hess:** Die Antwort liegt schriftlich vor und es gibt nicht mehr viel dazu zu sagen. Wir haben geprüft und berichtet und stellen den Antrag, das Postulat abzuschreiben. Ihr habt ja gesehen, dass wir Einiges geändert haben – insofern hat das Postulat schon eine gewisse Wirkung gehabt.

**Rebecca Moldovanyi (Postulantin):** Ich bedanke mich für die Antwort und auch, dass gewisse Sachen schon umgesetzt sind. Ich beantrage aber Nicht-Abschreibung, weil die zweite Frage nicht vollständig beantwortet wird. Die Frage war, wo es im Quartier Gerenacker/Rankacker einen Spielplatz geben könnte. Beantwortet wird nur, dass Buholz nicht möglich ist. Ich denke, es gäbe dort durchaus noch andere Möglichkeiten, wenn

man mit Privaten zusammenarbeiten würde. Auch den Liegenschaftsverwaltungen ist es ein Anliegen, dass ihre Umgebung attraktiv ist, wie es auch unser Anliegen sein sollte, dass Pratteln attraktiv ist und die Kinder gefördert werden.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 3124 wird als erfüllt abgeschrieben.

---

## **Geschäft Nr. 3165**

## **Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Autofreie Sonntage“**

### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 15. Mai 2019

**GR Stefan Löw:** Ich erinnere mich noch vage an die Siebzigerjahre, als wir in der Energiekrise die autofreien Sonntage hatten. Damals gab es noch weniger Verkehrsteilnehmer als heute und es handelte sich um eine sehr spezielle Angelegenheit. Zum Postulat: Der Gemeinderat möchte das Postulat nicht entgegennehmen. Begründung: Wir sind offen für jegliche Gesuche für Veranstaltungen, wo gewisse Gebiete von Pratteln autofrei sein müssen. Fasnacht ist ein Anlass, der bereits so stattfindet. Es gibt Gewerbeausstellungen, Umzüge jeglicher Art, Quartierfeste und auch beim Slow-up werden Teile von Pratteln vom Verkehr frei gehalten. In dieser Beziehung sind wir durchaus bereit, mitzuhelfen und Gebiete autofrei zu halten. Man muss anerkennen, dass sich die Mobilität seit der Energiekrise wesentlich verändert hat. Damals waren nur Autos mit Verbrennungsmotoren unterwegs und heute sind zunehmend Fahrzeuge in der E-Mobilität mit Elektroantrieb unterwegs und die Zukunft wird weitere Antriebsarten bringen, die wir noch gar nicht kennen. Weiter muss die öffentliche Sicherheit gewährleistet werden, d.h. die Zufahrten offen bleiben, um in die Gebiete zu fahren. Aus diesen Gründen möchten wir das Postulat nicht entgegennehmen, sind aber für Ideen, Wünsche und Anträge sehr offen und werden diese im Gemeinderat behandeln.

**Andreas Seiler:** Mit dem Postulat wird unter dem Deckmantel der Klimapolitik ideologische Verkehrspolitik betrieben, was die FDP ablehnt. Für uns von der FDP ist Mobilität mit dem Individualverkehr und auch dem ÖV ein wichtiger Teil der persönlichen Freiheit. Wir bestreiten nicht, dass bezüglich Energieträger mittelfristig ein Umdenken stattfinden muss. Auch, wie GR Stefan Löw kurz erwähnt hat, gibt es in anderen Ländern schon mehr Elektroautos als bei uns und es sind auch andere Technologien denkbar: Wasserstoff, Biogas und anderes, das wir noch nicht auf dem Radar haben. Ein grundsätzliches Fahrverbot, nur mit dem Ziel, Autos zu verbieten, lehnen wir ab. Es geht nicht darum, einen Anlass durchzuführen, da ist nichts Konkretes vorgesehen, sondern es geht darum, die Strasse zu sperren und dann schauen wir, was wir machen. Es macht keinen Sinn, unter dem Titel des Klimaschutzes mit seinem Elektroauto nicht durchs Dorf zu fahren, nur weil jetzt autofreier Sonntag ist. Darum bitte ich alle, das Postulat abzulehnen.

**Fabian Thomi (Postulant):** Liebend gerne würde ich für mindestens einen Tag im Jahr die Autobahn sperren und dem Fussvolk zur Verfügung stellen wie in der BZ aufgrund meines Postulates betitelt wurde. Dass es leider utopisch ist und ein kommunaler Vorstoss dafür das falsche Mittel ist, ist mir bewusst und um das geht es mir in diesem Vor-

stoss auch gar nicht. Ich bitte den Gemeinderat zu prüfen und zu berichten, ob Pratteln regelmässig an einem Sonntag für den motorisierten Verkehr gesperrt werden kann. Wie gross der Perimeter sein wird, gilt es abzuklären. In der Stadt Bern gilt das Fahrverbot von 10 – 18 Uhr und somit hat auch der Teil der Bevölkerung, der am Sonntag auf gar keinen Fall auf sein Auto oder seinen Töff auf den Weg zur Arbeit verzichten kann, die Möglichkeit, vorher abzufahren und das Auto schon am Vorabend ausserhalb des Perimeters zu parkieren. Wenn es dazu kommt, dass es immer mehr Verbote gibt und die motorisierten Fahrzeuge unterdrückt werden, sieht das Ganze von einer falschen Seite. Ungefähr ein Zehntel der Fläche in Pratteln sind Strassen. Ein Zehntel der Prattler Fläche ist ausschliesslich den Töff-, Auto- und Velofahrern vorbehalten. Wenn dies Unterdrückung sein soll, werde ich mich in Zukunft gerne unterdrücken lassen. Im ganzen Jahr sind diese 10% der Fläche von Pratteln für das Fussvolk verboten. Der autofreie Sonntag schafft kein neues Verbot, er kehrt es für einen Tag um. Was genau an diesen Tagen passiert, wird sich zeigen. Wenn neue Strassen gebaut werden, geht es in der Regel auch nicht lange, bis sie wieder verstopft sind. So werden auch autofreie Strassen im Handumdrehen leben. In der Region gibt es, wie erwähnt, mit dem Slow-up bereits etwas Ähnliches, das vielleicht mit dem verbunden werden könnte. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, braucht es ganz dringend ein Umgewöhnen und Umdenken. Ich bitte euch um die Überweisung meines Postulates. Zudem finde ich eine ideologische Verkehrspolitik nicht negativ.

**Patrick Weisskopf:** Wir haben das Postulat auch diskutiert und gesehen, dass man die Strassen absperren will, um sie anders zu nutzen. Dies ist eine gute Idee. Wir machen dies bereits im Quartier beim Quartierfest und dies ist dann auch der Moment, in dem die Leute nicht Auto fahren. Wenn man nur eine oder zwei Strassen sperrt, führt dies sofort zu Umverkehr. Wenn man so etwas macht, müsste man wirklich etwas Flächendeckendes machen, was hier nicht möglich ist. Sehr gut würde ich finden, und Fabian Thomi hat es bereits gesagt, wenn sich Pratteln beim Slow-up einbringt und Teil davon wird. Dann gewinnt man Freude am Velofahren, tut sich vielleicht ein E-Bike zu und leistet so einen Beitrag. Es kann auch heissen „Bike to Work“ und vielleicht fahren dann einige Leute mehr mit dem Velo zur Arbeit und entlasten die Strassen vom Verkehr.

**Mauro Pavan:** „Das Eine tun und das Andere nicht lassen“. Ich habe nichts gegen die Ideen von Patrick Weisskopf, trotzdem bitte ich euch, das Postulat von Fabian Thomi zu überweisen. Ich finde die Aussage von GR Stefan Löw und Patrick Weisskopf, dieses sei nicht möglich, schlichtweg schade. Wenn ein Zusammenhang nötig ist, um Pratteln für einen Tag autofrei zu machen, traue ich dem Gemeinderat eine gewisse Kreativität zu, im Rahmen der Prüfung dieses Postulates einen Zusammenhang zu schaffen und ein konkretes Beispiel zu bringen, in welchem Zusammenhang man es machen könnte. Regelmässig - in Bern scheint es zu funktionieren und Bern ist etwas grösser als Pratteln - regelmässig könnte heissen, einmal im Jahr von 10 – 18 Uhr oder etwas Anderes. Dass der Gemeinderat dies noch nicht einmal prüfen will, ob es möglich ist, finde ich schlichtweg schade. Er könnte ja immer noch zum Schluss kommen, dass es nicht möglich ist. Darum bitte ich euch, dem Gemeinderat den Auftrag zu geben und ihm die Kreativität zuzutrauen, mit einer schönen Lösung zu kommen, warum es doch möglich sein sollte.

**Simon Schärer:** Ich arbeite sonntags und bin in der Feuerwehr Pratteln. Ich habe keine Lust, mein Auto vor 10 Uhr irgendwo hinzustellen und wenn ich zur Feuerwehr muss, zuerst zum Auto zu rennen und dann erst zur Feuerwehr kann. Aus diesem Grund lehne ich den Antrag ab.

**Erich Schwob:** Eine Frage: Wenn man die Strassen absperrt, ist dies dasselbe wie an der Fasnacht oder der gerade vorher hoch gelobte Slow-up? Ich war in Luzern und in Sursee war der Slow-up. Die Autobahnausfahrten waren verstopft mit Autos mit Velos auf dem Dach – wo bleibt denn da der ökologische Sinn? Das werden auch wir hier bei uns haben. Es kommen alle Verwandten, parkieren ihre Autos ausserhalb dieser Quar-

tiere, kommen ans Fest oder was auch immer, bei dem man auf den Strassen frei herumlaufen kann. Ich bin auch dagegen.

**Kurt Lanz:** Man findet immer einen Grund, warum man etwas nicht will. GR Stefan Löw hat von autofreien Tagen geredet. Wir hatten damals mit einer Erdölkrise zu kämpfen. Ich bin mir nicht sicher, ob es der Feuerwehr und generell allen Blaulichtorganisationen verboten gewesen wäre, mit dem Auto zu fahren. Wenn Erich Schwob fragt „Wie ist denn das, wenn...?“. Genau darum wird der Gemeinderat angehalten, uns mitzuteilen, ob das möglich wäre oder nicht. Genau das will Fabian Thomi mit seinem Vorstoss erreichen; der Gemeinderat soll abklären und berichten und da kann man ja nur Ja sagen zu diesem Vorstoss.

**Christoph Pfirter:** Wir von der SVP-Fraktion sind gegen eine Überweisung. Ich dachte, wir können dies ohne viel Reden durchbringen, wenn schon der Gemeinderat dagegen ist. Fabian Thomi es ist ein guter Gag, den du so kurz vor den Wahlen machst und absolut optimal. Wenn ich die Diskussion hierin verfolge, geht es ums Energiesparen oder um einen autofreien Sonntag? Dies ist ein Unterschied. Eines ist wirklich Fakt: Gegen den Energie- und CO<sub>2</sub>-Ausstoss in die Umwelt machen wir überhaupt nichts. Wir wollen immer nur Zeichen setzen. Es gab einige Vorstösse und wir sollten jetzt wirklich etwas ändern. Wir haben X-Bauten der Gemeinde, die der Verein „Sopra“ mit Photovoltaikanlagen bebauen könnte und darf es zum Teil nicht einmal. Dort müsst ihr ansetzen, damit man wirklich etwas macht. Alle wollen nur ein Zeichen setzen, aber niemand etwas ändern. Ich habe mal den Vorschlag gemacht, nicht in die Ferien zu gehen. Habt ihr euch daran gehalten? Es sagt niemand etwas und anscheinend waren alle in den Ferien.

**Fabian Thomi:** Ich wehre mich entschieden dagegen, dass ich die Anträge nur wegen den Wahlen oder des Wahlkampfes mache. Es geht doch darum, die Jugend, die auf die Strasse geht, auch ernst zu nehmen und etwas daraus zu machen. Ich freue mich schon auf mein nächstes Postulat, Christoph Pfirter, bei dem du mich sicher unterstützt, bei dem es nämlich um einen handfesten Vorschlag geht, wie man das ganze Problem anpacken kann.

**Jens Dürrenberger:** Habe ich das richtig verstanden, dass man eine autofreie Zone (Bereich) des Privatverkehrs möchte und es dann Ausnahmen geben wird; würde der ÖV trotzdem weitergehen? Oder ist das dann nicht mehr? Wenn nämlich der ÖV weiterläuft, ist das Tolle daran, dass das Ruftaxi auch fährt.

**Mauro Pavan:** Ich bezeuge meinen Respekt vor Simon Schärer. Er ist ehrlich und sagt „Ich habe keine Lust“. Dies ist der einzige Grund, warum er dagegen stimmt. Wir haben keine Lust, einen Tag lang auf unser Auto zu verzichten, wenn dies von aussen vorgeschrieben wird und deshalb seid ihr dagegen. Das ist schade. Christoph Pfirter hat letztes Mal, als wir die Diskussion über die Resolution hatten, die leider auch nicht zustande gekommen ist, gesagt „Wir müssen doch bei uns selber anfangen“. Hier haben wir nun eine Möglichkeit, bei uns selber anzufangen, auch wenn es nur ein Zeichensetzen ist. Vielleicht zieht ja Frenkendorf mit, vielleicht noch Muttenz und lässt sich dazu animieren. Natürlich verändert dies das Weltklima nicht, aber es ist ein Anfang dazu.

**Simon Schärer:** Dank an Mauro Pavan. Arbeitest du am Sonntag? Ich arbeite am Sonntag und mache auch Feuerwehr wie einige andere Personen hier drinnen. Wir müssten dann zum Auto rennen, auch bei Regen, und sind weniger schnell dort.

**Josef Bachmann:** Wir reden hier um den Brei herum und etwas Richtiges ist noch nicht entstanden. Es kann jeder bei sich selber anfangen: Statt dass er die Zigaretten mit dem Auto holt, kann man laufen oder – GR Stefan Löw hat es erwähnt – in den Siebzigerjahren mussten wir für die Chauffeure so viele Ausnahmegewilligungen einholen... Ich glaube, wenn wir vor der eigenen Haustüre wischen, haben wir schon viel erreicht.

**Fabian Thomi:** Die Vergangenheit hat sehr gut gezeigt, dass es mit Eigenverantwortung nicht funktioniert, sonst wären wir nicht da, wo wir jetzt sind und irgendwie braucht es nun Leitplanken.

**Rebecca Moldonanyi:** Bis jetzt sind wir nur aufs Klima eingegangen, was ein sehr wichtiges Thema ist. Auch spannend ist, was man an einem solchen autofreien Sonntag machen kann. Was ist möglich? Könnte es ein Street-Soccer geben, einen Slow-up oder etwas Eigenes? Dies sind spannende Sachen und es könnten kreative Ideen von Gemeinderat kommen und darum bitte ich euch, dies auch von dieser Seite anzuschauen.

**Patrick Weisskopf:** Wenn man nicht mehr weiss, was man am Sonntag machen soll, ist es traurig. Events kann man gut organisieren. Es gibt viele Wiesen, sie sind meistens frei und man kann dorthin gehen, sich bewegen oder eine Velotour machen. Man kann auch bei der Gemeinde anrufen, eine Bewilligung einholen und eine Strasse sperren und einen Tag lang eine Spielstrasse machen. Selber einen Event zu organisieren, ist keine Sache und wir machen dies in der Gempenstrasse schon seit mehreren Jahren, auch wegen den Kindern. Die haben den Plausch, malen auf der Strasse und vom Tram her kommen Leute vorbei, die vorbeischaun und so gibt es nette Gespräche und die Nachbarn kommen zusammen. Dies ist für mich etwas Tolles. Wenn ich wirklich etwas machen will, muss ich bei mir selber ansetzen. Ich habe mir jetzt vorgenommen: Immer, wenn schönes Wetter ist, nehme ich nicht mehr das Tram, sondern fahre mit dem Velo nach Basel zur Arbeit. Man schwitzt etwas mehr, hat etwas Sportliches gemacht und auch etwas für die Umwelt. Die ersten 14 Tage sind hart, aber man gewöhnt sich daran und nach 66 Tagen wird es zur Gewohnheit und irgendwann macht es nichts mehr aus, wenn es nieselt und irgendwann auch nicht mehr, wenn es kalt ist. Damit hat man wirklich etwas geändert. Es sind die Gewohnheiten, die man ändern muss und die Gewohnheiten ändert man nicht mit einem Event. Ein Event kann helfen, eine Lust zu finden, eine Lust an der Bewegung und dies finde ich das Tolle am Slow-up. Viele Leute waren lange nicht mehr auf dem Velo und plötzlich merken sie, wie toll die Bewegung ist. Ältere kaufen sich vielleicht ein E-Bike, weil sie mit diesem unterstützt werden. Ein Jüngerer kauft sich ein E-Bike, weil er grössere Distanzen zurücklegen will und bisher das Auto dafür gebraucht hat. Dies sind Gewohnheitsänderungen und auf diese müssen wir abzielen. Gewohnheiten müssen so eingestellt werden, dass sie stimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung

Der Rat beschliesst bei 18 Nein zu 13 Ja bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3165 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

## **Geschäft Nr. 3167**

## **Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Publizierung von amtlichen Bestattungsanzeigen auf der Homepage [www.pratteln.ch](http://www.pratteln.ch)“**

### Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, vom 13. Mai 2019

**GR Stefan Löw:** Der Gemeinderat sieht die Problematik, die entsteht, wenn sich die öffentlichen Medien aus den Publikationen der Bestattungsanzeigen zurückziehen und somit ein Vakuum bei der Erkennbarkeit der Bestattungen (Zeit, Ort) entsteht. Wir sind daher bereit, das Postulat entgegzunehmen, zu prüfen und ihnen wieder Bericht zu

geben. Der Datenschutz muss dabei sehr genau angeschaut werden, was wir publizieren dürfen und was nicht. Es ist nicht ganz einfach und wir dürfen dabei keine Fehler machen. Alle Information müssen korrekt und fehlerlos sein.

**Franziska Senn:** Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen haben das Postulat auch gelesen. Die Problematik des Datenschutzes lässt sich dadurch entschärfen, dass nicht sämtliche Todesfälle, sondern alle bisher publizierten Todesfälle auf der Homepage aufgeschaltet werden. Wenn jemand auf der Gemeinde einen Todesfall meldet, muss diese Person ankreuzen, ob sie den Todesfall publiziert haben möchte oder nicht.

**Hasan Kanber:** Die SP-Fraktion ist für Überweisung und erachtet die Publizierung amtlicher Anzeigen in der heutigen Zeit als prüfenswert. Mein Votum geht auch in die Richtung von Franziska Senn. Datenschutz ist hier sehr wichtig und es sollen keine weiteren Daten als bisher im Schaukasten publiziert, ersichtlich sein. Die Hinterbliebenen müssen darauf hingewiesen werden, ob sie mit einer Publikation einverstanden sind. Bei der Beantwortung wäre uns recht, wenn Daten, die online sind, eine Löschung zur Folge haben und wann sie gelöscht werden. Wir möchten auch wissen, ob es eine gesetzliche Verpflichtung gibt, es so zu machen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3167 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

## **Geschäft Nr. 3169**

## **Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Abfallfrei leben“**

### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 17. Mai 2019

**GR Stefan Löw:** Auch dieses Postulat will der Gemeinderat nicht entgegennehmen. Begründung: der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass diese Problematik zum grössten Teil in der Eigenverantwortung des Konsumenten liegt. Im Zusammenhang mit der Entsorgung und in Zusammenarbeit mit der Firma Saxer haben wir die Möglichkeit, alle recycelbaren und nichtrecycelbaren Stoffe ordentlich zu entsorgen. Der Einfluss des Gemeinderates auf den Detailhandel ist sehr gering. Die Gemeinde hat auch keine eigenen Ladenflächen, wo eine konkrete Anwendung möglich wäre und ausserdem sind die Ressourcen für eine solche Umsetzung nicht vorhanden. In den Massnahmen zur Energiestadt können wir darauf hinweisen und die Bevölkerung in ihrem Verhalten sensibilisieren, damit sie ihr Verhalten anpassen bzw. verändern kann. In diesem Zusammenhang ist die Grünsammlung zu erwähnen, wo das Material der Gasherstellung zugeführt wird und so Biogas entsteht. Der Gemeinderat möchte das Postulat so nicht entgegennehmen.

**Fabian Thomi (Postulant):** Viel wurde an der letzten Einwohnerratssitzung und auch gerade vorher darüber geredet, dass Umweltschutz bei uns allen im Kleinen beginnt. Ich habe mich dabei sehr um die Worte der Bürgerlichen gefreut, die sich dem Thema Klimawandel nicht verschliessen und konkrete Vorstösse unterstützen. So ist die Fraktion der SVP der Meinung (Zitat): „Dass die Eigenverantwortung durchaus einen grossen Stellenwert haben muss“. Marc Bürgi hat gesagt (Zitat): „Der BDP und auch für mich persönlich bedeutet das, Abfall so gut wie möglich zu vermeiden, Abfall so oft wie mög-

lich zu trennen und zu recyceln und bevorzugt, auch wenn es ein Kostenpunkt ist, möglichst saisonale und biologisch hergestellte Lebensmittel zu konsumieren. Es braucht Aufklärung und keinen Bürokratie“. Die SVP-Fraktion hat gemeint (Zitat): „Jeder Prattler (ich hoffe damit, dass auch jede Prattlerin gemeint ist (Zufügung durch F. Thomi) ist für seinen eigenen ökologischen Fussabdruck selber verantwortlich und soll diese Verantwortung bitte auch übernehmen. Das heisst aber auch, ein Stück weit zu verzichten, zum Beispiel weniger zu heizen, weniger Strom zu verbrauchen und viel bewusster zu konsumieren. Regional und vor allem saisonal einzukaufen ist heutzutage leider nicht mehr normal.“ Einen solchen verlangten, konkreten Vorschlag haben sie nun alle vor sich. Dass Abfall ein Problem ist, muss ich hoffentlich niemandem erklären. Bei der konkreten Umsetzung, Abfall zu verringern, hat die Bevölkerung von Pratteln noch Verbesserungspotential. Es braucht dazu die von Andreas Seiler genannte Eigenverantwortung, den von Simone Schaub genannten bewussteren Konsum und die von Marc Bürgi geforderte Aufklärung. Alle diese Forderungen verbinden sich in meinem Vorstoss. Es braucht Aufklärung. Statt mit Shampoo aus der Plastikflasche nun mit einer verpackungslosen Seife duschen. Bis heute hat mir noch niemand gesagt, ich würde stinken. Es geht beim Vorstoss nicht um eine Bevormundung, sondern um Sensibilisierung und Aufklärung. Die Gemeinde Carouge hat es vorgemacht. Die ganze Sensibilisierung und Schulung hat den besten Wirkungsgrad in Verbindung mit einem Zerowaste-Laden. Dort kann man Mehl, Olivenöl, Pasta oder Waschmittel verpackungsfrei einkaufen. Man nimmt die Behälter von zuhause mit und füllt sie dann im Laden. Im Moment gibt es in Pratteln nichts in dieser Richtung. Das Coachingprogramm ist mit Sicherheit ein guter Startschuss und eine ideale Basis, dass auch in Pratteln ein Zerowaste-Laden Fuss fassen kann. Ich bitte darum, das stimmige Gesamtpaket an den Gemeinderat zu überweisen.

**Claude Weisskopf:** Wir von der SVP unterstützen dieses Vorhaben nicht. Wir möchten nicht, dass noch mehr Personen auf der Gemeinde angestellt werden, was heute auch schon diskutiert wurde und in der Eigenverantwortung jeder einzelnen Person liegt. Wenn jemand ein Geschäft macht, auch mit dem vorher genannten tollen Laden, so ist dies sein eigenes unternehmerisches Risiko ohne Subventionen der Gemeinde. Wir können dort ansetzen, was wir einkaufen, damit es nicht so viel Abfall gibt. Dann bleiben diese selber auf dem Abfall sitzen; dort müssen wir den Hebel ansetzen und die Abfalltrennung gehört natürlich auch dazu.

**Andreas Seiler:** Fabian Thomi hat mich vorhin mehrmals zitiert; es geht um die Eigenverantwortung. Aus dem Votum, das er zitiert hat, kann ich aber nicht ablesen, dass die Gemeinde einen Laden unterstützen oder fördern oder sogar betreiben muss. Es heisst auch nicht, dass die Gemeinde irgendwelche Aufklärungsarbeit leisten muss. Die Frage ist ja, ob dies bei der Gemeinde am richtigen Ort ist. Ist dies wirklich eine Gemeindeaufgabe und kann die Gemeinde diese Aufgabe auch lösen oder muss man es nicht auf einer oberen Ebene im Sinn einer Information machen, weil in allen Gemeinden dasselbe Problem ist und nicht jede Gemeinde ein eigenes Programm auf die Beine stellen muss? Wahrscheinlich wird dies auf oberer Ebene mit gewissen Merkblättern schon gemacht. Wir von der FDP-Fraktion sind gegen eine Überweisung und froh, dass der Gemeinderat eine Triage macht und dies so empfiehlt: Was ist Gemeindeaufgabe und was nicht, wie setzen wir unsere Steuergelder ein und wie verzetteln wir uns nicht. Ich möchte auch noch hinweisen, dass es hier um Abfall geht und damit sind in der Regel Verpackungen gemeint. Verpackungen sind nicht nur Abfall. Sie haben auch die Aufgabe, das Produkt darin zu schützen und eventuell länger haltbar zu machen und somit auch Foodwaste zu vermindern, damit das Produkt nicht so schnell verdirbt. Diese Aspekte der Verpackung sollten wir auch berücksichtigen. Ebenfalls landen korrekt entsorgte Verpackungen nicht in einem Müllstrudel im Meer, sondern bei uns in der Kehrichtverbrennungsanlage in Basel und werden dort für die Energieproduktion für Fernwärme genutzt. So gross ist das Problem meiner Meinung nach nicht, wie es jetzt gemacht wird, obwohl es nicht schlecht ist, wenn man Abfall vermeiden bzw. verringern kann. Wie Fabian Thomi mich schon zitiert hat, ist es eine Frage der Eigenverantwortung und meiner Meinung nach und auch der der FDP-Fraktion, nicht eine Aufgabe der Gemeinde oder,

wie vorhin von der SVP ausgeführt wurde, dass man nicht will, dass die Gemeinde zusätzliches Personal einstellt, diese Aufgaben zu übernehmen. Darum empfehlen wir Nichtüberweisung.

**Christoph Pfirter:** Die Idee von Fabian Thomi ist gut. Cool wäre, wenn es in den Läden statt Olivenöl Rapsöl gäbe. Es wird in der Schweiz, im Baselbiet produziert und in Muttenz haben wir die einzige Ölmühle der Schweiz. Gib dies auch weiter und dann gehe ich dort auch einkaufen.

**Franziska Senn:** Wir von der Fraktion der Unabhängigen haben das Postulat auch diskutiert und finden die Idee eines Abfallcoaches nicht schlecht. Es gibt in verschiedenen baselbieter Gemeinden beispielsweise Kompostberatungen, wo man sich an einem Kurs beraten lassen kann, wie man am besten kompostiert. Auch dies ist Teil des Abfalles. Wenn man in einem ähnlichen Rahmen eine Testphase von beispielsweise zwei Jahren mit einem Abfallcoach machen würde, finden wir es eine prüfenswerte Sache. Die Kurs Teilnehmer könnten einen Teil der Kosten übernehmen. Es heisst ja prüfen und berichten und wir unterstützen, dass man einen Abfallcoach, wie es die Gemeinde Carouge macht, in einer Testphase ausprobieren würde.

**Josef Bachmann:** Ich komme mir vor, als wenn Leute hierin das Rad neu erfinden wollen. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurde in den Läden alles offen verkauft, bis von den Konsumentenschützern, vor allem von linker Seite, die Forderung gekommen ist, es müsse alles verpackt sein, damit es niemand anfassen kann. Ich erinnere mich noch, als die Verkäuferin die Schaufel genommen und das Mehl usw. abgemessen oder abgewogen hat. Heute reden wir davon, wir müssten dies wieder so machen. Ich glaube, es gibt einen einfacheren Weg dazu: Eigenverantwortung.

**Mauro Pavan:** Ich weiss nicht, wie Josef Bachmann zu der Aussage gekommen ist, es seien vor allem linke Kreise gewesen, die dies gefordert haben. Dies ist an Absurdität fast nicht zu überbieten. Die Gemeinde Pratteln hat das Energiestadtlabel. Dies ist schön und wir haben viel Gutes dafür gemacht. Im Moment habe ich den Eindruck, der Gemeinderat will im Bereich Klimaschutz oder Umweltschutz nicht mehr machen, als erreicht wurde und ruht sich auf dem Erreichten aus. Genau gleich sieht es auf der bürgerlichen Seite leider aus. Ihr versteckt euch hinter dem Begriff Eigenverantwortung, wo es nur geht und wenn man versucht, euch beim Wort zu nehmen und die geforderte Aufklärung, die Marc Bürgi das letzte Mal erwähnt hat, einzuführen, wehrt ihr euch sogar dagegen. Das Schöne an diesem Vorstoss ist, dass Pratteln nicht mal eine Vorreiterrolle übernehmen müsste. Die Gemeinde Carouge hat die Vorreiterrolle schon übernommen, die Zahlen sind auch schon da, dass es sich rentiert, und sogar für die Gemeinde der Abfall reduziert wird. Ich gehe davon aus, dass dies kosten- und steuerzahlertechnisch auch für die Gemeinde interessant ist. Also überweist das Postulat, lasst den Gemeinderat seine Arbeit machen und dann schauen wir es wieder an.

**GR Stefan Löw:** Ich habe in den letzten Sitzungen des Einwohnerrates intensiv über die Energiestadt berichtet und, dies ist auch beschrieben und dokumentiert, was wir im Rahmen der Energiestadt machen. Wir verstecken uns in keiner Weise dahinter. Wir werden regelmässig in einem Audit überprüft und erhalten mehr Punkte als früher, haben also eine Steigerung. Das Fazit aus der letzten Beurteilung war sehr gut und wir konnten von einer hohen Basis aus noch einmal Punkte dazu gewinnen, trotz der eingeschränkten finanziellen und personellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Wir sind uns aber bewusst, dass die Umsetzung des Energiestadtlabels in Zukunft zunehmend grössere Bedeutung erhalten wird. Der Rat wird sich wohl in diese Aufgabenfelder einbringen und gewisse Akzente setzen. Wir verstecken uns also in keinster Weise und es finden wesentliche Verbesserungen statt, die nicht alle in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, wie ihr es erwartet. Im Zusammenhang mit der Energiestadt können wir Kompostierkurse usw. durchführen und wir weisen auch in der Presse immer wieder auf Massnahmen hin, dass man beispielsweise den Dampfkochtopf benutzen soll, mit dem hohe



Energieeinsparungen möglich sind. Die Energieeffizienz ist hier sehr gross; wenn man Kartoffeln im Wasserbad macht, brauchen sie mehr als die doppelte Energie als unter Druck.

**Gerold Stadler:** Ich verstehe nicht, warum sich der Gemeinderat gegen die Annahme eines Postulates so stark wehrt. Es steht ja, der Gemeinderat soll prüfen und berichten und noch nicht einmal das will er machen. Ich glaube, dass einige Sachen möglich sind. Ein Beispiel: In der Gemeinde, in der ich unterrichte, gibt es PUSCH (praktischer Umweltschutzunterricht Schweiz) und genau dies könnte man machen und gerade bei den Jungen das Verständnis dafür erhöhen, was Abfall produziert und erhöht und wie man ihn vermeiden kann. Dies wäre etwas, was beispielsweise herauskommen könnte und man das push-programm finanzieren will. Gerade bei der Jugend müssen wir ansetzen und sie für diese Themen sensibilisieren. Ich glaube nicht, dass alle Jugendlichen von zuhause aus das entsprechende Wissen erhalten. Wenn wir von Eigenverantwortung reden – alle hierin wissen, was es geschlagen hat und was es braucht – aber es ist nicht in der ganzen Gemeinde so und entsprechend können einige Eltern dies auch nicht ihren Kindern weitergeben. Dies ist ein prüfenswerter Punkt. Zur Eigenverantwortung: Ich kann dies auch nicht mehr hören, wie verschiedene Vorredner gesagt haben. Was heisst Eigenverantwortung? Ich will mich nicht aus der Eigenverantwortung stehlen, aber ich wurde in den Rat gewählt, dass ich für die Gemeinde Regeln setze. Wir haben früher über die Nachtruhe abgestimmt. Da hätte man auch Eigenverantwortung vorschreiben können und alle sind um 23 Uhr im Bett oder zu Hause. Das wäre doch super. Wir könnten Alles unter Eigenverantwortung laufen lassen, dann bräuchten wir keine Gesetze und keinen Einwohnerrat. Es ist doch unser Job, dass wir merken, dass irgendetwas nicht so funktioniert, wie es sollte und so müssen wir Regeln setzen. Eigenverantwortung ist richtig und wichtig, aber nicht unser Job als Einwohnerrat. Unser Job ist, Regeln und Grenzen zu setzen, dort wo es nicht funktioniert und darum bitte ich, diese Anliegen zu überprüfen. Dies ist das Minimum.

**Petra Ramseier:** Zu GR Stefan Löw: Niemand findet, dass die Energiestadt nichts ist. Es handelt sich um eine tolle Sache und die Gemeinde macht es hier sehr gut. Sobald es um Klima- und Umweltthemen geht, reden SVP, FDP und wir auf einem ganz anderen Level. Ihr redet von Papier- oder Plastiksack; wir reden von etwas ganz Anderem und das haben wir noch auf demselben Niveau. Dies wird noch kommen, dauert vielleicht noch etwas länger. Wir machen es trotzdem.

**Fabian Thomi:** Ich danke meinen Vorrednern, vor allem von der linken Seite. Zur Energiestadt: Es handelt sich um einen Deckmantel und wird immer als Schutzschild hingestellt. Das Ganze wird in Prozent gewertet und Pratteln mit 64% ist im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden eher im unteren Feld. Muttenz hat 71%, Münchenstein 68%, Arlesheim 71% und Reinach und Aesch je 70%. Es bleibt also noch viel Luft nach oben.

**Kevin Beining:** Ich finde den Grundansatz mit der Sensibilisierung nicht so schlecht. Man darf nicht vergessen, dass die meiste Sensibilisierung in der Schule stattfindet. Man macht dies jedes Jahr mit den Kindern und wenn schon, müssten die älteren Leute sensibilisiert werden. Diese erreicht man sehr, sehr schlecht und es funktioniert nur über die Freiwilligkeit. Ich bin dafür, dass man einen Kompromiss findet und diejenigen, die sich dafür interessieren, können sich einem solchen Programm anschliessen. Ich glaube nicht, dass der Weg dazu über die Gemeinde führt. Ich bin für einen Kompromiss und nicht dafür, dass wir uns in Grundsätzen festfahren. Dies ergibt keinen Sinn und da kommen wir nicht weiter.

**Jens Dürrenberger:** Es ist wahrscheinlich nicht so, dass die Linken umweltschützend sind und die Rechten dies nicht wollen. Das Ziel von allen ist, weniger Abfall zu produzieren. Die Wege dazu sind jedoch verschieden. In einer früheren Vorlage wollte man dem Gemeinderat auferlegen, dass er kreativ ist und sich einsetzt für etwas, was überhaupt nicht seine Aufgabe ist. Genau an diesem Punkt sind wir nun auch wieder. Die Abfallfra-

ge ist nicht eine Frage der Gemeinde. Man müsste sehr viel Energie einsetzen, um ein Resultat zu erhalten. Es gäbe andere Möglichkeiten, weniger Abfall zu erreichen. Sicher einzelne Verbote, was aber schweizweit geschehen muss und nicht auf Gemeindestufe. Daher ist die Gemeinde der falsche Ansatz und daher bin ich dafür, es abzulehnen.

**Andreas Seiler:** Es ist immer sehr interessant, über die Vorstösse von Fabian Tomi zu diskutieren und ich spreche nicht ab, dass es wichtige Themen sind. In Ergänzung zum Votum von Gerold Stadler: Ich als freisinniger Einwohnerrat sehe als meine Aufgabe, nicht nur neue Regeln zu schaffen, sondern auch mal Nein zu sagen und keine neue Regel zu schaffen. Die Ressourcen der Gemeinde, die ja aus Steuereinnahmen generiert werden, sind nicht unbegrenzt und die Frage ist, wo wir diese am effizientesten einsetzen können. Wenn wir uns verzetteln, ist dies sicher nicht der Fall. Ich habe ja das letzte Mal eine Interpellation eingereicht, in der ich frage, ob der Gemeinderat einen Ausstiegsplan aus fossilen Brennstoffen hätte. Dies bei Gebäudeheizungen, Fahrzeugen und ich glaube, wenn man dies machen will, kommt es überhaupt nicht günstig und wir müssen uns fragen, wo wir unseren Focus beim Thema Umwelt setzen wollen. Ich sehe es nicht so, dass die Gemeinde noch irgendwelche Abfallcoaches anstellt, was zumindest finanziell eine grosse Sache werden würde bei unseren 16'000 Einwohnern. Darum möchte ich das Postulat nicht überweisen, weil es keinen Sinn macht, etwas zu überweisen, wenn wir von vorneherein wissen, dass wir es nicht umsetzen wollen. Dies gibt ja nur unnötige Arbeit fürs Prüfen.

**Urs Schneider:** Der Titel des Postulates tönt ja gut „Abfallfrei leben“. Was heisst „abfallfrei leben“? Es geht ja nicht nur darum, dass man die Lebensmittel ohne Verpackung kauft, der Titel sagt ganz klar „abfallfrei“. Was können wir überhaupt beeinflussen? Den Abfall, den wir tagsüber produzieren, ist nicht nur die Verpackung der Lebensmittel. Das sind hunderte und tausende von Tonnen täglich in der Schweiz und dazu gehören auch die Lebensmittel. Der Konsument steuert sehr Vieles über sein eigenes Verhalten. „Geiz ist geil“ heisst es und was kauft man heute? Man kauft das, was angeschrieben ist, egal was, aber das günstigste Produkt. Was macht man 2 oder 3 Jahre Jahre später? Man wirft es weg. Heute darf ja nichts mehr kosten. Wenn ich einen Rasenmäher kaufe, kaufe ich nicht den für CHF 300, sondern den für CHF 2'500. Warum? Man kann ihn flicken, man erhält Ersatzteile, er funktioniert und man kann ihn gebrauchen. Wenn alle den Rasenmäher für CHF 300 kaufen, werfen sie ihn alle drei Jahre weg und dies ist auch Abfall und es ist Plastik dran. Jetzt reden wir von Papiertäschli und man sollte die eigenen Gefässe füllen – das sind keine Probleme – unsere Wegwerfgesellschaft ist das Problem und nicht der Abfall, den wir produzieren; heute wird alles weggeworfen und dies kann der Gemeinderat sicher nicht ändern.

**Fabian Thomi:** Ich weiss nicht, wieso der Gemeinderat genau dies mit einem Sensibilisierungsprogramm nicht ändern könnte. Zu Jens Dürrenberger: Er redet davon, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde sei, aber dann redest du von Verboten, die der Staat erlassen soll. Irgendwie geht da etwas nicht auf und ich bin gespannt, ob deine Partei dabei ist, wenn man gewisse Abfallprodukte verbietet. Zu Kevin Beining: Auch ich möchte, dass man es prüft und berichtet und dann das, was Sinn ergibt, dem Rat unterbreitet.

**Mauro Pavan:** Ich höre viel Gutes und auch von bürgerlicher Seite aus: „Es sind Kompromisse nötig“, „Die Wege können verschieden sein“, genau dieses fordert doch der Postulant in seinem Postulat. Der Gemeinderat soll prüfen, wie man eine Reduktion des Abfalles in den Haushalten fördern kann. Dies ist sehr offen formuliert und es gibt sehr viele, sehr verschiedene Möglichkeiten und das, was in der Gemeinde Carouge schon mit Erfolg angewendet wurde, könnte man übernehmen. Wie viel Energie man drein stecken muss, weiss ich nicht und genau dies ist ja Aufgabe des Gemeinderates, es herauszufinden. Er könnte ja zum Schluss kommen, es sei viel zu aufwändig und zu teuer für Pratteln und lohne sich nicht. Das könnte er als Antwort auf das Postulat geben, aber dazu müssten wir zuerst das Postulat überweisen. Dann wissen wir, über was wir reden und wie viel Energie wir brauchen. Dann können wir darüber reden, aber wenn ihr noch

nicht einmal das Postulat überweisen wollt, können wir auch nicht darüber reden und machen das vielzitierte Kaffeesatzlesen, versuchen in eine Glaskugel zu schauen und jeder behauptet irgendetwas. So gebt doch dem Gemeinderat den Auftrag, dies zu überprüfen. Ich fände es auch schön, wenn man es schweizweit einführt, aber man müsste man irgendwo anfangen. Vielleicht ist die Gemeinde Unterbäch ein Begriff, die die erste Gemeinde war, die das Frauenstimmrecht eingeführt hat, lange bevor es schweizweit eingeführt wurde. Auch damals hat man irgendwo begonnen.

**Benedikt Schmidt:** Ich bin seit 2005 im Einwohnerrat, habe diverse Einwohnerratssitzungen absolviert und bin der Meinung, dass ich langsam verstehe, wie bürgerliche Politikerinnen und Politiker denken. Aber heute komme ich nicht draus. Zu Jens Dürrenberger, der sagt, Abfall sei kein Thema für die Gemeinde: Dies finde ich interessant. Wir haben ein Aufgabenfeld „Abfallbewirtschaftung“, sonst muss man dieses Aufgabenfeld streichen. Dann sehe ich nicht ein, wieso sich GR Stefan Löw so vehement dagegen wehrt, gerade weil er sagt, man könne es ja als Teil der Energiestadt Pratteln machen. Er hat ja schon gezeigt, wie es eigentlich zu machen wäre. Der Weg dazu ist ja da und die Instrumente auch; man muss es nur machen. Zur Eigenverantwortung: Dies verstehe ich und auch das Thema Sensibilisierung. Aber ein Abfallcoach würde genau das machen und den Leuten Tipps geben, wie sie die Abfallmenge reduzieren können. Ob es nun Foodwaste ist oder ein Plastiksäcklein. Aber ein Abfallcoach macht genau diese Sensibilisierung, damit die Leute in Eigenverantwortung den Abfall vermindern können. Also überweist doch das Postulat.

**Stephan Bregy:** Bei allem Respekt für Fabian Thomi, der das Postulat eingereicht hat. Es geht hier ganz konkret um den Punkt Abfallcoach am Beispiel der Gemeinde Carouge und den Zerowaste-Laden und da sind wir dagegen. Punkt. Dass man am Abfall etwas machen kann, finden wir absolut redlich. Ich persönlich gebe meine Plastikabfälle bei Saxer ab mit Möglichkeit, sie zu recyclieren. In diesem Postulat gibt es zwei Punkte, von denen wir von der rechten Seite der Meinung sind, sie seien nicht angebracht und daher unterstütze ich meine Fraktion in der Ablehnung dieses Postulates.

**Franziska Senn:** Es war immer die Rede davon, dass die Gemeinde die Abfallcoaches anstellen müsse. Eine andere Möglichkeit hat die Stadt Graz gewählt, die die Coaches nicht anstellt, sondern Schulungen für ehrenamtliche Coaches organisiert. Das wäre eine Lösung, die ja auch der Gemeinderat Pratteln herausfinden könnte, wenn er das Postulat überwiesen erhält.

**Urs Schneider:** Damit es zielführender wird: Es kann nicht sein, dass wir an jeder Einwohnerratssitzung über zwei gut gemeinte Postulate so lange reden müssen. Ich schlage vor, dass sowohl von linker als auch bürgerlicher Seite zwei, drei, vier Personen zusammensitzen, etwas zusammen ausarbeiten das Hand und Fuss hat und geschlossen einreichen. Dann wird es von allen Fraktionen unterstützt. Die Inhalte können querbeet sein und mit Energie, Wasser usw. zu tun haben.

**Mauro Pavan:** Es ist also eine gewisse Offenheit da, dass man gemeinsam einen Vorstoss entwickeln würde, der etwas in Richtung Umwelt- und Klimaschutz und Energiesparen aussagt. Da rennst du offene Türen ein; diese Einladung nehmen wir gerne an.

*Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung*

Der Rat beschliesst mit 16 Ja zu 16 Nein bei 1 Enthaltung mit Stichentscheid des Präsidenten:

://: Das Postulat Nr. 3169 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

## Geschäft Nr. 3162

## Teilrevision Strassenreglement – 2. Lesung

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 6. August 2019

**GR Urs Hess:** Wir haben vor den Sommerferien die 1. Lesung durchgeführt, die ruhig über die Bühne ging. Es geht um die Umsetzung eines Gerichtsentscheides und die Anpassung wurde euch entsprechend vorgelegt. Es kommen Kosten auf die Gemeinde zu, die man unrechtmässig jemandem aufgebürdet hat. Wir kommen diesem Gerichtsentscheid nach und ich bitte, bei der 2. Lesung gleich vorzugehen wie bei der 1. Lesung.

**Mauro Pavan:** In der 1. Lesung war die Rede von genau diesen Mehrkosten und GR Urs Hess hat gesagt, dass er die Mehrkosten feststellen könnte. Ich warte auf diese Antwort; sonst beantrage ich eine 3. Lesung.

**GR Urs Hess:** Die Kosten haben wir zusammengestellt. Es gibt zwei Typen von Strassen: Die Sammelstrasse und die Erschliessungsstrasse und dann haben wir die im Industrie- und Gewerbegebiet. Wenn wir im Industrie- und Gewerbegebiet die Kosten einer Erschliessungsstrasse mit beispielsweise CHF 420'000 annehmen, zahlen die Eigentümer nach dem neuen Reglement CHF 336'000 und die Gemeinde CHF 84'000. Bei einer Sammelstrasse nach neuem Reglement: Bei CHF 1.2 Mio. als Annahme zahlen die Anstösser CHF 840'000 und die Gemeinde CHF 360'000. Ich habe auf Wunsch noch mehr Zahlen. Beim anderen Reglement hat man etwas probiert, was aber nicht vor Gericht Stand gehalten hat und jetzt entsprechend angepasst wird, damit alle gleich behandelt werden.

**Mauro Pavan:** Wahrscheinlich habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt. Ich habe Walter Keller, der letztes Mal gefragt hat, so verstanden, dass er wissen wollte, welches die ungefähren jährlichen Kosten sind. Wenn ich ein einzelnes Zahlenbeispiel nehme und schaue, was kostet es bei 100% Beteiligung vom Eigentümer – nämlich Null für die Gemeinde – und was kostet es, wenn es nach irgendwelchen Prozenten verteilt ist, kann ich das problemlos selber ausrechnen. Was ich aber nicht weiss, ist, wie viele Kosten mehr verursacht dies im Jahr? Das wäre interessant zu wissen.

**Kurt Lanz:** Meine Frage geht in dieselbe Richtung. Die Gemeinde möchte sich weiterentwickeln. Wir haben Salina Raurica, wo auch Strassenbauprojekte vorgesehen sind und dort stellt sich sehr wohl die Frage, ob wir nur einen Teil der Kosten oder keine übernehmen müssen. Weiter meine ich auch, dass der Gerichtsentscheid, der die Gemeinde zur Übernahme eines grösseren Anteiles verpflichtet, sich möglicherweise nur auf diesen einzigen Fall bezieht, und ob der Gerichtsentscheid auf jede zukünftige Strasse auch von Relevanz ist, ist nicht klar. Darum interessiert mich: Wäre es nicht eine Option gewesen, das Reglement so sein zu lassen und nur in diesem einzelnen Fall nachzugeben? Es wird nur in diesem Fall nachgegeben und die Gemeinde muss einen bestimmten Betrag übernehmen, aber in Zukunft wird es weiterhin so sein, wie es jetzt ist. Ich glaube, mit der Entwicklung unseres Baugebietes geht es darum, ob wir einen grossen Teil oder einen Teil der Kosten übernehmen oder eben nicht übernehmen müssen. Was könnte dies für die Gemeinde in Franken in Zukunft etwa ausmachen? Reden wir im Jahr von CHF 20'000 oder von CHF 500'000 oder von CHF 2 Mio.? Darüber habe ich momentan keine Ahnung. Es hängt damit zusammen, wo wir Strassen planen und wie gross der Anteil der Gemeinde an deren Finanzierung ist oder nur die Anstösser bezahlen. Es geht um viel Geld und darum kann ich auch mit einer 3. Lesung leben, wenn der Gemeinderat uns auf die 3. Lesung die Zahlen ein wenig genauer geben kann, auch wenn der Gemeinderat sagt, dass es sich um Kaffeersatzlesen handeln würde. Es ist besser, man macht sich jetzt Gedanken darüber, wie viele Millionen wir weniger einnehmen oder verlieren oder eben nicht. Darum bin ich froh, wenn ich verlässliche Zahlen

habe, bevor ich als Rat einem Reglement zustimme, das Zukunftscharakter hat. Darum sollten wir mehr wissen über die Kosten, die in Zukunft in 5, 10 oder 20 Jahren anfallen.

**GR Urs Hess:** Kurt Lanz hat das Wort Kaffeesatzlesen gebraucht. In den letzten Jahren wurden keine solchen Strassen gebaut, wo man das Reglement gebraucht hat und darum haben wir ein Beispiel gebracht. Wenn etwas Neues gemacht wird, ist es schwierig, zu sagen, es brauche nächstes Jahr für die Gemeinde CHF 100'000 oder CHF 5 Mio. Dies ist wirklich Kaffeesatzlesen. In den neuen Gebieten wird die Abgeltung über einen Quartierplan vereinbart. Die Gemeinde weiss ja nur ungefähr, ob und wann etwas kommt. Das kann morgen sein oder in 5 Jahren eine Strasse, die CHF 8 Mio. kostet und die Gemeinde muss CHF 2 Mio. übernehmen. Es kann aber auch sein, dass wir in 5 Jahren eine Strasse übernehmen müssen, die nur CHF 1 Mio. kostet und wir CHF 200'000 übernehmen müssen. Gerne würden wir den Kaffeesatz lesen können und den Blick in die Zukunft weiter führen, was auch unsere Aufgabe ist. Aber in diesen Fällen mit Zahlen zu kommen und zu sagen, wie es in einem Mehrjahresplan aussieht, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann gewisse Schätzungen machen, mehr liegt da nicht drin. Vor allem ist es mit starken Schwankungen verbunden, weil es einmal geringere und das andere Mal höhere Anstösserbeiträge sind. Ich könnte euch irgendetwas erzählen – wir wissen es am Schluss, wenn es passiert ist.

**Walter Keller:** Die FDP-Fraktion hat die Unterlagen für die 2. Lesung auch studiert. Uns fehlen die Zahlen, die jährlichen Kosten für die Gemeinde, wenn der Anteil von 100 % auf 70 % oder 80 % sinkt. Zu Kurt Lanz: Du hast gesagt, wir könnten das Reglement so sein lassen, wie es ist und nur für diesen einen Fall die Kosten übernehmen. Du hast im Prinzip Recht, hättest damit aber schon das letzte Mal in der 1. Lesung kommen sollen und nicht erst jetzt, wo wir schon an der Vorlage gearbeitet und nach dem Vorschlag von Mauro Pavan angepasst haben.

**GP Stephan Burgunder:** Wir können kein Beispiel rechnen. Bei der Zentrale wird es eine neue Strasse geben. Dort haben wir mit der Bauherrschaft einen Infrastrukturbeitrag vereinbart und unter anderem auch, dass sie die Strasse übernehmen, was bedeutet, die Zentrale bezahlt die Strasse. Das gleiche werden wir im Gebiet Bredella machen und die Infrastrukturbeiträge werden wir im Rahmen des Quartierplanes so gut wie für uns möglich verhandeln. Ziel ist, dass auch dort der Investor einen Grossteil, wenn nicht alles der Beiträge übernimmt. Die übernächsten Strassen, die allenfalls kommen könnten, befinden sich in Salina Raurica, aber ich kann kein Beispiel rechnen, weil man schlichtweg noch nicht weiss, wo die Strassen verlaufen werden. Ich kann nicht mehr als eine Milchbüchleinrechnung machen und sagen, CHF 10 Mio. dort und der Gemeindeanteil beträgt CHF 2 Mio. Viel mehr können wir gar nicht vorrechnen, weil wir nicht wissen, was wir brauchen. Diese Frage können wir nicht beantworten und in der Vergangenheit haben wir keine solchen Strassen gebaut.

**Kurt Lanz:** Ich habe verstanden, was GP Stephan Burgunder gesagt hat, dass es dort offensichtlich nicht möglich ist. Ich habe eine Interpellation Nr. 3173 betreffend „Gesamtwohnraumplanung“ eingereicht, in der es auch darum geht, wie Pratteln mit dieser Entwicklung umgeht. Für mich ist in jedem Fall klar, dass die Änderung des Strassenreglements, die wir jetzt machen, einseitig zu Ungunsten der Einwohnergemeinde abläuft, dessen Vertreter ich hier für das Volk bin. Auch wenn wir letztes Jahr noch keine solchen Projekte gehabt hatten, wie jetzt anstehen. Ich habe das Wort Kaffeesatzlesen schon vor dem Gemeinderat gebraucht. Der Gemeinderat hat gesagt „Schätzung“ und ich habe auf mein Blatt geschrieben Ja. Wenn man mit Null Vorstellung in die Zukunft geht, ist dies eine schlechte Angelegenheit und mir ist es recht, wenn man mit ein wenig mehr Vorstellung in die Zukunft gehen könnte. Wenn Walter Keller sagt, ich hätte dies schon vorher sagen sollen, kann ich nun im Rat auch das sagen, was ich der Fraktion schon gesagt habe: Genau deshalb, weil wir in diesem Rat die 1. Lesung gemacht haben, sind Leute auf mich zugekommen und haben gesagt, hast du dir mal das überlegt. Darum verzichte ich niemals auf eine 2. Lesung, damit das Volk die Möglichkeit hat, zu mir zu kommen

und dazu kann ich auch mit einer 3. Lesung leben, wenn ich später der Änderung mit gutem Gewissen zustimmen kann. Jetzt im Moment kann ich es nicht, weiss aber nicht, wie es dem Rest des Rates geht.

**Christoph Pfirter:** Kurt Lanz hat völlig Recht, wenn er sagt, er sei als Gemeindevertreter hier und müsse für die Gemeinde Geld bringen. Dies ist richtig. Es gibt jedoch auch Situationen, in den die Gemeinde bezahlen muss und nicht der Private, gerade bei Anstösserbeiträgen, Anschlussgebühren usw. Bei den Projekten, die wir jetzt vorhaben, denken die meisten hierin, es seien Grossprojekte und die Investoren müssten zahlen. Es könnte aber auch sein, dass irgendwo neues Land für Wohnraum für Einfamilienhäuser eingezont wird, und dann bist du auch froh, dass du nicht alles bezahlen musst. Vielleicht kommen wir auch mal in die Situation, in der man froh ist, nicht so viele Anstösserbeiträge zu zahlen oder es kommt jemand, der etwas macht, das nachher beispielsweise Steuern generiert. Jeder Investor holt irgendwo seine Kosten wieder herein und vielleicht ist man auch froh, wenn die Mieten dann nicht ganz so hoch sind.

**Mauro Pavan:** Jeder Investor holt sein Geld wieder herein. Da könnte man auch argumentieren, dass es in der Eigenverantwortung ist, das unternehmerische Risiko selber zu tragen. Ich möchte lieber konkretere Zahlen haben und stelle darum offiziell den Antrag auf eine 3. Lesung in der Hoffnung, dann mehr Informationen zu erhalten. Zum Votum von Walter Keller: Wir haben schon daran geschafft. Mein Antrag macht Sinn, denn wenn wir überall dieselben Zahlen haben, lässt sich das Reglement verschlanken, um dieselben Zahlen nicht drei Mal zu nennen. Das heisst aber nicht, dass wir dieser Revision grundsätzlich zustimmen. Wenn wir zustimmen würden, macht es Sinn, ihr so zuzustimmen, wie ich es das letzte Mal beantragt habe. Auf die 3. Lesung interessiert mich noch, warum der Gemeinderat den Gerichtsentscheid nicht weitergezogen hat, ob es aussichtslos war oder welches sonst seine Überlegungen waren.

*Antrag von Mauro Pavan*

### Lesung

#### **§ 31 Verteilung Baukosten**

*Keine Wortmeldungen*

#### Abstimmung über den Antrag von Mauro Pavan:

Auf Antrag von Mauro Pavan, SP-Fraktion, zur Durchführung einer 3. Lesung beschliesst der Rat mit 17 Ja zu 15 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Eine 3. Lesung wird durchgeführt.

Die 2. Lesung ist abgeschlossen.

**Kurt Lanz:** Wenn der Gemeinderat die Zahlen für die 3. Lesung bringt, bin ich froh, wenn diese einige Tage vorher vorliegen und ich nicht an der Sitzung einige Zahlen aufschreiben muss und den Zusammenhang nicht nachvollziehen kann.

---

## Fragestunde

### Frage 1

### „Überprüfung Legislaturziele: Werden die Empfehlungen der Entwicklungskommission umgesetzt?“

(Benedikt Schmidt, Fraktion der Unabhängigen und Grünen)

**GP Stephan Burgunder:** Frage 1: *Hat der Gemeinderat die Empfehlungen der Entwicklungskommission auch zur Kenntnis genommen?* Ja. Der Gemeinderat hat sie mehr als nur zur Kenntnis genommen. Für Gemeinderat und Gemeindeverwaltung sind die Legislaturziele wichtig und bilden die Basis für das jährliche Mitarbeitergespräch. Dort werden die Legislaturziele entsprechend als Ziele in den BFD (Beförderungs- und Förderdialoge eh. MAG) festgehalten. Gemeindepräsident, Gemeindeverwalter machen halbjährlich eine Zielüberprüfung und so hatte ich am 13. August in Auftrag gegeben, dass man die einfach zu erfüllenden Ziele rasch umsetzen solle. Frage 2: *Warum ist eine einfache Empfehlung wie die Nennung eines kommunalen Ansprechpartners für ansiedlungswillige Firmen noch nicht umgesetzt? Wann darf mit der Umsetzung dieser Empfehlung gerechnet werden?* Warum die einfach zu erfüllende Aufgabe nicht umgesetzt ist, kann ich nicht beantworten. Wir haben dies gleichentags am Morgen aufgeschaltet, als die Frage eingetroffen ist und die Ansprechpersonen sind dort aufgelistet unter [www.pratteln.ch/de/woharb/wirtschaft/wirtschaftsstandort/](http://www.pratteln.ch/de/woharb/wirtschaft/wirtschaftsstandort/). Frage 3: *Wie weit ist die Umsetzung der anderen Empfehlungen fortgeschritten?* Gewisse Empfehlungen sind bereits umgesetzt wie das Altersleitbild und andere Empfehlungen sind in Bearbeitung. Die noch nicht erreichten Empfehlungen werden wieder in den einzelnen BFD aufgenommen und so delegiert, dass eine Umsetzung erfolgt, wie wir es euch zugesichert haben.

Die Frage ist beantwortet.

---

## Schlusswort und Verabschiedung

**Stephan Ebert:** Bei den Zuschauern befindet sich eine **CD „Lieder sind Brücken“**. Der Fachbereich „Frühe Kindheit Pratteln“ hat diese liebevoll gestaltete CD für die Einweihung des Burggarten- und Schlossschulhauses produziert und sie enthält neben vielen anderen Liedern auch die vier Prattler Kinderlieder, die alle Kinder im Vorschulbereich und in den Kindergärten in Pratteln singen. Die CD widerspiegelt das breite musikalische Schaffen in unserer Gemeinde. Die CD und die Begleitdokumentation sind gratis.

**Stephan Ebert verabschiedet Jens Dürrenberger:** Ich habe zu Beginn der Sitzung das Rücktrittsschreiben verlesen. Jens Dürrenberger gehört seit 1. Januar 2013 zum Einwohnerrat an. Vor 6 Jahren hat er als Nachrückender des Einwohnerrates Claudio Contoli die politische Bühne hier in Pratteln betreten. Bereits ab März desselben Jahres war er bis zum Juni Mitglied der RPK. Auch als Ortsschulrat hat er sein Wissen über mehrere Jahre eingebracht. In der Politischen Steuerung hat er sich massgebend für das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner von Pratteln engagiert. Seit 2016 ist er Mitglied in der Entwicklungskommission und war als Stellvertreter in der GPK. Schlussendlich haben wir ihn alle als Einwohnerratspräsidenten in dieser Legislatur geniessen dürfen. Es gebührt dir von uns allen Dank für dein Engagement zum Wohl der Bevölkerung. Ich wünsche Dir, dass deine hohe Arbeitsbelastung Dir trotzdem Zeit für Ruhe und Musse lässt. Wie ich deinem Rücktrittsschreiben entnommen habe, hast du eine Liegenschaft im Mutterz erworben. Wenn du Pratteln den Rücken kehrst, hoffe ich, dass es mit den bes-

ten Erinnerungen an unsere Gemeinde ist. Es würde uns alle freuen wenn dich dein Weg ab und zu in unsere Gemeinde zurückführen würde. Bleib gesund und alles Gute und vielen Dank, dass wir mit dir zusammenarbeiten durften. Anstelle eines Abschiedsgeschenkes hat er sich für eine Spende an die Stiftung Reha entschieden. Jens Dürrenberger erhält ein kleines Präsent und wird mit Applaus verabschiedet.

---

**Geschäfte Nrn. 3161, 3163, 3146, 3173 und 3174 nicht behandelt.**

---

Die Sitzung wird um 21.55 Uhr beendet.

Pratteln, 10. September 2019

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident                      Das Einwohnerratssekretariat

Stephan Ebert                      Joachim Maass